



PUA

über die
5. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses
am Dienstag, dem 04.11.2008
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:05 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Oliver Bartosch
Herr Dieter Drescher
Herr Joachim Eckardt
Frau Astrid Gube
Herr Klaus Kasperidus
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Hartmut Madeja
Herr Jochen Müller
Herr Volker Sekunde
Herr Udo Theimann

CDU

Frau Ingrid Borowiak
Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Heinrich Kissing
Herr Marc Nathmann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Anke Schneider

FDP

Herr Peter Büchel

BG (neu)

Herr Dieter Kloß

Sachverständige gem. Beschluss des Umweltausschusses

Herr Herwig Rabeneck

Ortsvorsteher

Herr Heinz Henning

Verwaltung

Herr Jochen Baudrexl

Herr Matthias Breuer

Herr Karsten Harrach

Frau Monika Holtmann

Herr Uwe Liedtke

Herr Reiner Steffen

Entschuldigt fehlten

Herr Dirk Ebbinghaus

Herr Andreas Friedhoff

Herr Heinrich Hellekemper

Frau Lana Schnack

Herr Klaus Slomiany

Herr Karl-Heinz Stoltefuß

Herr Wilfried Wiese

Vorbemerkung:

Die Präsentation aus dieser Sitzung ist im Internet der Stadt Kamen, Ratsinformationssystem, Planungs- und Umweltausschuss, 04.11.2008, einzusehen.

Der Ausschussvorsitzende, Herr **Lipinski**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

Herr **Kissing** verteilte an alle Anwesenden eine Einladung des ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club) Ortsgruppe Kamen/Bergkamen/Bönen für den 01.12.2008, 19.00 Uhr in der Stadthalle Kamen zum Thema „Flussumbau und Radwegeplanung“. Durch die Verwaltung wurde den Ausschussmitgliedern eine Info-Broschüre zum Thema „Lärmschutz in NRW“ ausgehändigt (als ergänzende Information zu TOP 4).

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Umbaumaßnahmen Rathaus hier: Bericht der Verwaltung zur Fassadensanierung	
2	Fahrradfreundliche Stadt Bericht der Verwaltung	
3	Planung Bahnhofsumfeld Bericht der Verwaltung	
4	Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie Sachstandsbericht der Verwaltung zur Lärmaktionsplanung	
5	Bebauungsplan Nr. 35 Ka-Me "Auf dem Pastoratsfelde" hier: Bericht der Verwaltung zum Planungsstand	
6	Bauvorhaben im Stadtgebiet hier: Bericht der Verwaltung	
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Umbaumaßnahmen Rathaus
hier: Bericht der Verwaltung zur Fassadensanierung

Herr **Baudrexl** nahm Bezug auf den im Hauptausschuss gefassten Objektbeschluss zu der in Abschnitten durchzuführenden Sanierung von Fassade und Fenstern des Rathauses. Mit den ersten Arbeiten sei bereits begonnen worden. Im Zuge der Fassadenerneuerung habe die Verwaltung ein neues, gegenüber einer einfarbigen Gestaltung kostenneutrales, Farbkonzept entwickelt, worüber er den Planungs- und Umweltausschuss nunmehr informierte. Eine Visualisierung erfolgte durch eine Präsentation sowie durch entsprechende Mustertafeln, die gezeigt wurden. Der entsprechende Entwurf ist in der Präsentation einzusehen. Die Verwaltung beabsichtige diese Farbgestaltung umzusetzen.

Mit der Anbringung des Wärmeverbundsystems und Auftragung eines Putzes sei damit zu rechnen, dass gerade die Nordseite nur schwer abtrocknen werde, so erläuterte Herr **Diederichs-Späh**. Aus diesem Grund regte er an, ein Schutzsystem gegen Verschmutzung und Veralgung vorzusehen sowie z. B. für den Putz eine feinere Struktur zu wählen.

Herr **Krause** begrüßte den gezeigten Farbvorschlag.

Dem schloss sich Herr **Kühnapfel** an. Im Vergleich zu der bisher mausgrauen Fassade stelle das vorgestellte Farbkonzept eine erhebliche optische Aufwertung des Gebäudes dar. Er regte an, Bruthilfen z. B. für Turmfalken bei der Sanierung mit vorzusehen.

Herr **Baudrexl** sagte eine Prüfung der Anregungen von Herrn Diederichs-Späh und Herrn Kühnapfel zu.

Auch Herr **Kissing** bewertete den Vorschlag der Verwaltung als nicht schlecht, zumal damit auch das Umfeld auch in Anbetracht der Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes aufgewertet werde.

Zu TOP 2.

Fahrradfreundliche Stadt
Bericht der Verwaltung

Herr **Breuer** berichtete ausführlich über die Bewerbungsvoraussetzungen, Auswertungskriterien und erforderlichen Schritte im Rahmen der Bewerbung der Stadt Kamen um die Mitgliedschaft in der AGFS (=Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen). Einzelheiten dazu sind der Präsentation zu entnehmen.

Herr **Lipinski** dankte Herrn Breuer für den informativen Vortrag. In diesem Zusammenhang wies er auf die gelungene Verbindung des Stadtlogos mit einem Fahrrad hin.

Herr **Baudrexl** wies darauf hin, dass die Bewerbung um die Mitgliedschaft und die damit verbundenen vielfältigen Aufgaben auch personelle Regelungen erfordern. In diesem Zusammenhang soll Herrn Breuer die Aufgabe des Radverkehrsbeauftragten der Stadt Kamen übertragen werden.

Herr **Lipinski** wünschte Herrn Breuer viel Glück für dieses neue Aufgabenfeld.

Herr **Krause** begrüßte die Bewerbung der Stadt Kamen um die Mitgliedschaft in der AGFS sehr. Er bedankte sich ausdrücklich für den informativen Vortrag von Herrn Breuer. Es sei deutlich geworden, dass noch ein großer Arbeitsaufwand damit verbunden sei. Erste Schritte auf dem Weg zur fahrradfreundlichen Stadt seien getan – Vorarbeiten geleistet.

Auch Herr **Kissing** sprach Herrn Breuer seine Glückwünsche aus. Er begrüßte diese starke und deutliche Funktionszuweisung. Besonders bemerkenswert stellte er das Motto der Arbeitsgemeinschaft heraus: fahrradfreundlich und mehr. Gleichzeitig verwies er auf das Leitbild „Kamen und mehr...“. Dies passe gut zusammen. Er habe den Eindruck, dass die Verwaltung die Philosophie der Arbeitsgemeinschaft erfasst habe. Das Thema müsse in alle Bereiche, d. h. in Verwaltung, Politik und Bürgerschaft getragen werden.

Zu TOP 3.

Planung Bahnhofsumfeld
Bericht der Verwaltung

Zunächst erläuterte Herr **Baudrexl**, dass in dieser Sitzung ein aktueller Sachstand sowie die tendenziellen Gestaltungsüberlegungen zum Bahnhofsumfeld vorgestellt werden sollen. Bei der Einbringung des Haushaltes 2009 werden die für die Gesamtmaßnahme benötigten Finanzmittel berücksichtigt. In der Dezember-Sitzung sollen möglicherweise bereits weitere Beschlüsse, insbesondere zur Vorbereitung der erforderlichen Ausschreibungsunterlagen, gefasst werden. Hinweise, Anregungen und Kritik sollten nunmehr gegeben werden, damit diese für den weiteren Planungsprozess durch die Verwaltung aufgegriffen werden können.

Herr **Liedtke** informierte, dass die erforderlichen Förderanträge durch die Verwaltung gestellt wurden. Durch die zeitliche Vorverlegung der Förderung aus dem Bereich der ÖPNV-Infrastrukturförderung werde die Zeitschiene sehr eng, so dass weitergehende Beratungen und Beschlussfassungen im Dezember 2008 bzw. in einer zusätzlichen Sitzung im Januar 2009 erforderlich sein werden. Bei der ÖPNV-Infrastrukturförderung wird noch in diesem Jahr mit einer Bewilligung der Förderung gerechnet. Für die Förderbereiche Städtebau und kommunaler Straßenbau hat die Verwaltung vorsorglich einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn beantragt.

Im ersten Bauabschnitt soll zunächst das Parkhaus errichtet werden. Dies soll nach Möglichkeit mit Beginn der Sommerferien geschehen, da in dieser Zeit eine insgesamt geringere Nutzerzahlen zu erwarten sind. Die Ausschreibung für die Gesamtmaßnahme ist bis Ende Februar 2009 fertig zu stellen, um diesen Baubeginn realisieren zu können. Zum Parkhaus stellte Herr Liedtke Entwürfe sowie ein Modell im Maßstab 1:200 vor (s. Präsentation). Nach derzeitigem Stand soll das Parkhaus über 418 P+R-Stellplätze verfügen und in Systembauweise errichtet werden. Über Farben und Fassadengestaltung solle in der Dezember- bzw. Januar-Sitzung entschieden werden.

Herr **Fuhrmann** erkundigte sich, was mit dem derzeit betriebenen Kiosk geschehe.

Dazu erläuterte Herr **Liedtke**, dass im Parkhaus keine weiteren Nutzungen außer P+R vorgesehen seien, da individuelle Lösungen aufwendig, teuer und zudem nicht förderfähig seien. Es würden jedoch derzeit Gespräche mit DB-Station & Service geführt, mit dem Ziel, ein entsprechendes Angebot im Bahnhof zu schaffen.

Herr **Diederichs-Späh** fragte an, welche Lärmbelastungen durch die mindestens zu erwartenden 836 Fahrzeugbewegungen pro Tag zu erwarten seien.

Diesbezüglich verwies Herr **Liedtke** auf ein vorliegendes Lärmgutachten, wonach unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen keine Bedenken gegen ein Parkhaus in offener Bauweise bestehen.

Auf Nachfrage von Frau **Borowiak**, ob die Errichtung einer behindertengerechten Toilette vorgesehen sei, wies Herr **Liedtke** darauf hin, dass derzeit auf dem Bahnhofsvorplatz eine behindertengerechte Toilette vorhanden sei.

Der Betrieb laufe seit nunmehr 10 Jahren nahezu störungsfrei. Momentan prüfe die Verwaltung die verschiedenen Möglichkeiten, wie Umsetzung der vorhandenen Toilettenanlage, Aufstellung einer neuen solitären Anlage oder Integration eines entsprechenden Angebotes im Bahnhofsgebäude. In jedem Fall werde es ein entsprechendes Angebot geben. Das vorhandene System sei jedoch sehr kostenintensiv, so dass nach einer besseren Lösung - auch unter finanziellen Gesichtspunkten - gesucht werde.

Hierzu ergänzte Herr **Baudrexl**, dass die Verwaltung derzeit pro Jahr einen Betrag von 15 T€ für die behindertengerechte Toilette am Bahnhof ausgeben.

Herr **Kissing** wies darauf hin, dass die CDU-Fraktion einen Fragenkatalog an die Verwaltung gegeben habe, der noch nicht abschließend beantwortet worden sei. Darin ging es u. a. um die Beteiligung der Betriebe im Bahnhofsbereich. Die CDU-Fraktion wolle viel Leben im Bahnhofsumfeld haben. Des Weiteren erkundigte er sich, ob das Parkhaus ebenfalls für das Abstellen von Fahrrädern, Fahrradboxen genutzt werden solle oder ob diesbezüglich die Auslastung der Fahrradstation zu beachten sei.

Herr **Baudrexl** wies auf die vorangegangenen Sitzungen des Planungs- und Umweltausschusses hin, die diese Themen durch Informationen und Diskussionen bereits aufgegriffen hätten. Die Verwaltung werde jedoch zu den in der Liste der CDU-Fraktion angesprochenen Themenbereiche in einer Anlage zum Protokoll zu dieser Sitzung Informationen geben.

Ergänzend erläuterte Herr **Liedtke**, dass zusätzliche Fahrradabstellmöglichkeiten im Parkhaus zwar denkbar sind, aber keine notwendige Option darstellen. Die bestehende überdachte kostenfreie B+R-Anlage mit 64 Plätzen solle bestehen bleiben. Die Fahrradstation der AWO sei zwar gut ausgelastet, aber biete noch freie Potentiale, die genutzt werden können. Des Weiteren sollen entlang des Parkhauses weitere B+R-Stellplätze geschaffen werden. Grundsätzlich dürfe jedoch das Angebot nicht dem Konzept der AWO-Fahrradstation entgegenstehen. Diesbezüglich werden weitere Gespräche mit der AWO geführt.

Herr **Kloß** erkundigte sich, ob das Parkhaus begrünt werde.

Herr **Liedtke** erläuterte am Modell, dass an der Ostseite eine Baumreihe vorgesehen sei. Darüber hinaus seien Bepflanzungen der Beete vorgesehen.

Auf Nachfrage von Herrn **Krause** zu den unterschiedlich großen Treppenhäusern wies Herr **Liedtke** zum einen auf die notwendige Schaffung von Fluchtwegen und zum anderen auf die unterschiedliche Frequentierung hin. Es sei zu erwarten, dass überwiegend das Treppenhaus zum Bahnhof genutzt werde und dieses Haupteingang und Hauptausgang bilde. Ein Aufzug sei nicht vorgesehen. Stellplätze für Behinderte würden ebenerdig z. B. auf dem P+R-Stellplatz in unmittelbarer Nähe des Bahnhofszuganges geschaffen.

Herr **Diederichs-Späh** und Frau **Borowiak** regten an, einen Aufzug im Parkhaus für Nutzer mit Gepäck, Kinderwagen sowie ältere Mitbürger und Mitbürgerinnen einzuplanen.

In diesem Zusammenhang sprach Herr **Liedtke** die hohen Anschaffungs- und Unterhaltungskosten für einen Aufzug an. Zudem sei er nur unter erschwerten Bedingungen förderfähig. Der Transport von Gepäck und Kinderwagen wäre auch über die Rampen möglich.

Herr **Baudrexl** verdeutlichte, dass die diesbezügliche Entscheidung letztlich eine Kostenfrage sei und ggf. eine Finanzierung aus Eigenmitteln zu erfolgen habe.

Frau **Schneider** berichtete davon, dass Urlaubsreisende die P+R-Stellplätze blockieren würden.

Herrn **Liedtke** war das Problem von Dauerparkern bislang nicht bekannt. Bezüglich der Möglichkeiten, hier regelnd einzugreifen, sowie der förder-technische Beurteilung solcher Fälle wird Herr Liedtke in der nächsten Sitzung berichten.

Mit der Innenstadt habe man eine Gestaltungslinie gefunden, die städtebaulich und architektonisch überzeugt, so führte Herr **Liedtke** aus. Die Verwaltung schlage daher vor, die Gestaltungslinie der Innenstadt auch im Bereich des Bahnhofsumfeldes fortzusetzen. Gestalterische Elemente wie Farben, Beleuchtung, Mobiliar aus der Innenstadt sollen auch hier aufgegriffen werden. Hinsichtlich des Pflastermaterials zeigte er beispielhaft den in der Innenstadt verlegten Betonstein der Fa. Klostermann. Im Gegensatz zur Innenstadt soll in diesem Bereich kein Granitpflaster verlegt werden. Zwischen dem Bahnhof und der Innenstadt solle eine signifikante Verbindung geschaffen werden. Die Verwaltung wolle in dieser Sitzung diesen Grundgedanken als Idee präsentieren und vorstellen und wünsche sich hierzu ein Signal aus den politischen Gremien. Im Bereich der Wartepositionen gebe es verschiedenste Modelle, auf die man die Farbgestaltung kombiniert mit Glas gut übertragen könne. Zudem habe die Verwendung gleicher Modelle z. B. bei den Lampen Vorteile in Bezug auf Wartung und Ersatzteilbeschaffung.

Herr **Lipinski** bat darum, diese Anregung in den Fraktionen weiter zu diskutieren und in der kommenden Sitzung diesbezügliche Entscheidungen zu treffen.

Herr **Eckardt** bedankte sich für die frühzeitige Information und erklärte sich mit dem grundsätzlichen Prinzip einverstanden. Es sei positiv zu bewerten, dass die Erfahrungen aus der Innenstadt aufgegriffen werden können. Insgesamt bewertete er es als einen guten Weg, diese Gestaltungslinie standortspezifisch weiterzuführen. Dies sei auch vor dem Hintergrund der engen Zeitschiene zu begrüßen.

Auch Frau **Schneider** begrüßte die Fortführung des Innenstadtkonzeptes. Sie regte an, die Bänke hinsichtlich einer besseren Reinigungsmöglichkeit unter den Sitzflächen zu prüfen.

Herr **Kissing** führte aus, dass diese Vorgehensweise auf den ersten Blick Sinn mache. Er wies auf die Nutzung von Synergien z. B. bei Ersatzbeschaffungen hin. Gleichwohl sei das Konzept nicht 1:1 zu übertragen. Seine Fraktion gebe in dieser Sitzung kein „grünes Licht“ für ein Gestaltungskonzept. Er bat um Anfertigung verschiedener Entwürfe und plakative, bildhafte Darstellung verschiedener Alternativen unter Einbeziehung der Fraktionen und Möglichkeit der weiteren Beratung.

Diesbezüglich schlug Herr **Baudrexl** vor, Vorschläge vorab in den Fraktionen zu präsentieren.

Ergänzend zu TOP 3 berichtete Herr **Liedtke** darüber, dass im östl. Teil der Bahnhofstraße ein NO₂-Passivsammler installiert wurde. Erste Ergebnisse wurden für November 2008 angekündigt. Danach sind die ab 2010 geltenden Grenzwerte derzeit überschritten. Diese Information zeige, dass es richtig sei, Maßnahmen zur Reduzierung der Verkehre in der Bahnhofstraße umzusetzen, um somit eine Überschreitung der Grenzwerte zu vermeiden.

Herr **Kühnapfel** wies darauf hin, dass die Luftschadstoff- u. Feinstaubproblematik nicht nur an dieser Stelle vorhanden sei, sondern sich weitere Problempunkte im Stadtgebiet vermuten ließen. Er sprach sich für Verkehrslenkung, Förderung des Fahrradverkehrs, eine Aktionsplanung sowie Entwicklung von Handlungskonzepten zu dieser Problematik aus.

Herr **Liedtke** wies darauf hin, dass die Messungen noch bis zum Jahresende weitergeführt werden und erst dann konkrete Ergebnisse vom LANUV mitgeteilt würden. Mit den Ergebnissen der Auswertung sei erst Anfang 2009 zu rechnen.

Nach Einschätzung von Herrn **Kloß** reichen die zur Verkehrsberuhigung der Bahnhofstraße aufgezeigten Maßnahmen nicht aus, da s. E. durch den Wegfall der Ampel mit einem höheren Verkehrsaufkommen in der Bahnhofstraße zu rechnen sei.

Herr **Lipinski** wies auf die unterschiedlichen Einschätzungen der zukünftigen Entwicklung hin, die an dieser Stelle noch nicht beurteilt werden könne. Die Rahmenbedingungen seien abzuwarten. Der Einsatz von verkehrslenkenden Maßnahmen (z. B. Beschilderung) sei zu gegebener Zeit zu diskutieren.

Zu TOP 4.

Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie Sachstandsbericht der Verwaltung zur Lärmaktionsplanung

Herr **Liedtke** berichtete ausführlich zum derzeitigen Sachstand anhand einer Präsentation (s. Präsentation). Darüber hinaus wies er auf die in der Sitzung verteilte Broschüre hin. Er teilte mit, dass die Verwaltung in Kürze ein Ingenieurbüro mit der Prüfung der Datenbestände, Entwicklung von Maßnahmen, Benehmensherstellung mit den Baulastträgern und Beteiligung der Öffentlichkeit beauftragen wolle. Zur Lärmsanierung an Schienenwegen erklärte er, dass die Untersuchungen und Planungen der DB als Bestand in die Lärmaktionsplanung einfließen werden. Die Bahn untersuche aktuell die bauliche Realisierung von aktiven und passiven Lärmschutzmaßnahmen. Die Thematik insgesamt werde durch den Planungs- und Umweltausschuss weiter begleitet.

Herr **Krause** sah einen großen Fortschritt in der Bearbeitung des Themas „Lärm“. Er begrüßte insbesondere die aufgezeigten Maßnahmen zur Minderung der Lärmbelastung an Schienenwegen.

Herr **Kühnapfel** zeigte sich ebenfalls froh über die Fortschritte in Bezug auf die Lärmproblematik. In Kamen sei das Thema „Lärm“ durch die stark belasteten Verkehrsachsen ein riesiges Problem. Die Lärmaktionsplanung sei der richtige Weg, die Probleme in Kamen zu mindern. Er war erfreut darüber, dass die Verwaltung von sich aus die Untersuchungsbereiche um verschiedene Straßenabschnitte erweitert. Ein Problem bleibe nach seiner Meinung jedoch die Maßnahmen-Finanzierung.

Frau **Schneider** erkundigte sich nach dem weiteren zeitlichen Ablauf.

Diesbezüglich erläuterte Herr **Liedtke**, dass man vom Gutachten bis zur Lärmaktionsplanung mit einem Zeitraum von ca. 1 Jahr rechnen könne. Ein großes Augenmerk werde auch auf die intensive Bürgerbeteiligung gelegt.

Herr **Sekunde** fragte nach, ob neben der Fortschreibung alle 5 Jahre ebenfalls Verlagerungen der Verkehrsströme (z. B. durch die Südkamener Spange) im Rahmen einer dynamischen Anpassung berücksichtigt würden.

Herr **Liedtke** bestätigte die Fortschreibungspflicht. Zwischenzeitlich werde die 2. Stufe bearbeitet. Dadurch ergebe sich automatisch eine gewisse Dynamik.

Herr **Kissing** fasste zusammen, dass sich das Lärmproblem über Jahrzehnte entwickelt habe. Es sei unumstritten, dass Lärm krank mache. Es sei ein langer Weg zu erwarten, bis die Maßnahmen spürbar werden. Auch die Stadtentwicklung könne dieses Thema aufgreifen. Auch die Förderung des Fahrradverkehrs (s. TOP 2) sei ein Lösungsansatz, um den Lärm zu reduzieren.

Zu TOP 5.

Bebauungsplan Nr. 35 Ka-Me "Auf dem Pastoratsfelde"
hier: Bericht der Verwaltung zum Planungsstand

Herr **Liedtke** erinnerte an den Aufstellungsbeschluss im April 2007. Das Gemeinschaftsprojekt „nachbarschaftliches Wohnen“ der evangelischen Kirchengemeinde Methler, der WBG Lünen sowie des Perthes-Werkes war bereits in den Grundzügen im Planungs- und Umweltausschuss vorgestellt worden. Es sollen 36 alters- und behindertengerechte Wohnungen errichtet und betreutes Wohnen in 4 Gruppen mit je 12 Bewohnern eingerichtet werden. An einer Bürgerbeteiligung in Methler im Mai 2008 haben rd. 80 Personen teilgenommen – eine gute Resonanz. Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sei erfolgt. Eine weitere Informationsveranstaltung im Herbst 2008 wurde durch den Bürgermeister angekündigt. Durch neue gesetzliche Regelungen im Wohn- und Betreuungsrecht, die ab 01.01.2009 in Kraft treten sollen, besteht noch weiterer Abstimmungsbedarf. Die angekündigte Informationsveranstaltung muss daher auf Frühjahr 2009 verschoben werden. Das Gesamtprojekt werde jedoch dadurch nicht verzögert. Der Baubeginn sei weiterhin im Frühjahr 2009 angedacht. Aufgrund der geänderten gesetzlichen Regelungen könne es erforderlich sein, mehr Flexibilität im Bebauungsplan zuzulassen.

In diesem Zusammenhang erinnerte Herr **Kühnapfel** an die Position seiner Fraktion, dass das Projekt nicht zu einer negativen Beeinträchtigung des Ortsbildes führen dürfe. Dies sei Voraussetzung für eine weiterhin positive Begleitung des Vorhabens.

Zu TOP 6.

Bauvorhaben im Stadtgebiet
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Liedtke** informierte anhand von Ansichten und Plänen (s. Präsentation) über folgende Baumaßnahmen im Stadtgebiet:

- **Neubau Autobahnpolizei**
Bauantrag wird in Kürze gestellt. Eichenbestand soll im Wesentlichen gesichert werden. Die Abbruchgenehmigung für das Bestandsgebäude ist erteilt. Mit dem Abbruch kann noch im November begonnen werden. Die Fertigstellung ist für Ende 2009 angekündigt. Genehmigungs- und Bauaufsichtsbehörde ist hier die Bezirksregierung Arnsberg. Der Kreis Unna ist als untere Landschaftsbehörde beteiligt.
Zum Altstandort liegen derzeit keine neuen Informationen vor.
- **Zollpost, neuer Standort Praktiker (Ikea alt)**
Abbruchgenehmigung inkl. Abbruch des Parkhauses wird in dieser Woche noch erteilt. Der Baubeginn ist in 2009 vorgesehen. Der Bauantrag für das neue Gebäude ist derzeit noch in Bearbeitung und liegt der Verwaltung noch nicht vor. Die neue Verkehrslösung sieht einen Kreisverkehrsplatz vor und ermöglicht andere Wegebeziehungen. Die Umsetzung erfolgt nach Abstimmung mit Eigentümern und Stadt. Eine finanzielle Beteiligung der Stadt Kamen erfolgt nicht. Nach Fertigstellung übernimmt die Stadt Kamen die Verkehrsanlagen in ihre Straßenbaulast.
- **Werdelsgraben / Fritz-Erler-Straße**
Bauvoranfrage der Deutschen Annington liegt vor. Abbruch des vorhandenen Gebäudes und Bau eines Doppelhauses mit Garagen. Bauvorhaben entspricht den Festsetzungen des Bebauungsplanes. Ein positiver Vorbescheid soll erteilt werden.

Auf Nachfrage von Herrn **Kissing**, weshalb gerade ein Bericht zu diesem Bauvorhaben gegeben wurde, führte Herr **Liedtke** aus, dass dieses Beispiel eine gute Entwicklung in dem Bereich u. a. auch durch den aufgestellten Bebauungsplan darstelle.

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

7.1 Mitteilungen der Verwaltung

Herr **Liedtke** teilte mit, dass die für den Investitionspakt zur energetischen Erneuerung von Gebäuden sozialer Infrastruktur von der Stadt Kamen beantragten Projekte in dem Förderprogramm 2008 nicht aufgenommen wurden. Die Stadt Kamen wird der Bezirksregierung Arnsberg jedoch erklären, dass die Anträge für 2009 Aufrecht erhalten werden.

7.2 Anfragen

- 7.2.1 Frau **Gerd** wurde von Rottumer Bürgern und Bürgerinnen mitgeteilt, dass der Grünbewuchs im Bereich der Kriegsgräber auf dem Rottumer Friedhof entfernt wurde und dort nunmehr eine karge Schotterschicht zu sehen sei.

Dieses Erscheinungsbild sei nicht angemessen und eine Herrichtung des vorherigen Zustandes wäre wünschenswert.

Herr **Steffen** nahm dies zur Kenntnis und sagte eine Klärung zu.

- 7.2.2 Frau **Borowiak** berichtete davon, dass der Radweg an der Hilsingstraße stellenweise rutschig sei, da dort die Schottererschicht fehle.

Herr **Steffen** erklärte, die Angelegenheit zu prüfen.

- 7.2.3 Herr **Kloß** teilte mit, dass nach Beendigung der Bauarbeiten „Heimstraße“ / „Im Roten Busch“ der Briefkasten nicht mehr vorhanden sei und vermisst werde. Darüber hinaus wies er auf Vermessungsarbeiten auf der großen Wiese bei Gehlen hin und erkundigte sich, ob es Planungen gebe. Der Verwaltung lagen dazu keine Informationen vor.
Des Weiteren berichtete er von zunehmendem Fußgängerverkehr vom Neubaugebiet „An Schelkmanns Hof“ zur Jahnschule über die Straße „Am Langen Kamp“ und regte an, die 30er-Zone um diesem Bereich zu verlängern. Diese Thematik solle an den Straßenverkehrsausschuss weitergeleitet werden.

- 7.2.4 Herr **Kissing** wies auf eine Anzeige „Lob für FB 60.1 für Straßenbaumaßnahme Im Telgei“ im Anzeigenteil der Westfälischen Rundschau in der letzten Kalenderwoche hin.

Herrn **Liedtke** war diese Anzeige nicht bekannt.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

Herr **Lipinski** schloss die Sitzung um 19.05 Uhr.

gez. Lipinski
Vorsitzender

gez. Liedtke
Schriftführer

Anlage

Prüfung einzelner Aspekte der Projektplanung Bahnhofsumfeld; Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 05.06.2008 durch die Verwaltung